

Respekt für Griechenland e.V.

[www.respekt-für-griechenland.de](http://www.respekt-für-griechenland.de)

# Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland

Positionspapier / März 2019

Wir sind eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Griechenland in der Flüchtlingshilfe engagieren, dort Klimaschutzprojekte machen und Selbsthilfegruppen unterstützen. Durch unsere Zusammenarbeit mit Griechen wissen wir, wie fest unter einer beruhigten Oberfläche die Verbrechen von Deutschen im Zweiten Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis verankert sind. Zugleich mussten wir erkennen, wie beschämend gering die Bereitschaft Deutschlands war, Griechenland beim Aufbau seines zerstörten Landes zu helfen und die Leidtragenden zu entschädigen.

Griechenland war, außer als Ferienland, erstaunlich lange aus dem Blickfeld der meisten Deutschen geraten. Der Konflikt zwischen Deutschland und Griechenland zur Schuldenkrise hat den Nebeneffekt, dass die beiden Länder sich näher gekommen sind. Die neue Aufmerksamkeit gegenüber Griechenland holt aber auch den lange verdrängten Besatzungsterror in das Bewusstsein der Nachgeborenen. Und so wächst die Einsicht, dass weitere Kompensationen geboten sind.<sup>1</sup>

Die von Deutschland begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erscheinen mit wachsendem Zeitabstand nicht geringer, werden vielmehr durch zunehmendes Wissen und neue Bewertungen immer größer. Das zeigt sich gegenwärtig bei Griechenland. Die Verpflichtungen aus der Kriegsschuld sind mithin keineswegs „erledigt“ und werden auch zukünftig, wenn der Blick sich weiter schärft, nicht „erledigt“ sein.

Unabhängig davon, ob die strittigen Reparationsfragen noch einmal mit Griechenland verhandelt und zu einem Ergebnis geführt werden, lassen sich heute aus politischer und moralischer Verpflichtung und auch mit rechtlichen Gründen Forderungen benennen, die kurzfristig umsetzbar sind und auch mit Verweis auf etwaige Reparationsabkommen oder Präzedenzfälle nicht abgewiesen werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland hat über die Jahre, immer unterhalb von Rechtsansprüchen, mit einzelnen Ländern „indirekte“ oder „außergesetzliche“ Beiträge zur Wiedergutmachung vereinbart und für bestimmte Verfolgtengruppen Fonds oder Stiftungen, die humanitär und moralisch begründet wurden, eingerichtet. Das alles ist nicht ausreichend, dennoch setzen wir hier an.

**Wir richten drei Forderungen, die wir für vordringlich und für zeitnah erfüllbar halten, an den Bundestag und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:**

- **Rückzahlung des Zwangskredits Griechenlands an das „Deutsche Reich“**
- **Rückzahlung des Lösegelds für jüdische Zwangsarbeiter in Thessaloniki**
- **Einrichtung eines Fonds zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums – unter besonderer Berücksichtigung von „Martyrerndörfern“.**

---

<sup>1</sup> Die wichtigsten Stationen zur Reparations-/ Entschädigungsfrage sind: 1953, auf der Londoner Schuldenkonferenz wurde die Klärung der Reparationsforderungen aller anspruchsberechtigten Länder auf die Zeit nach einem Friedensvertrag verlagt. 1960 erhielt Griechenland auf Grund eines bilateralen Abkommens 115 Millionen DM als „freiwillige Leistungen“ für NS-Verfolgte (bei ca. 100.000 bewilligten Anträgen waren das pro Person durchschnittlich 1.187 DM, s. Roth/ Rübner, 2017, S. 131). 1990, im Zuge der Wiedervereinigung, wurde der de facto abgeschlossene Friedensvertrag als „2+4 Vertrag“ deklariert - mit der Absicht, die Zahlungen von Reparationen und weiteren Entschädigungen zu umgehen. Weder dort noch in der darauf bezogenen „Charta von Paris“ wird das Thema angesprochen. Seither wiederholt die Bundesregierung: „Die Reparationsfrage hat sich erledigt und außerdem ist sie verjährt“. Einsprüche aus Griechenland blieben unbeachtet. Ein differenziertes Bild der Rechtslage vermittelt: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Ausarbeitung, Zu den völkerrechtlichen Grundlagen und Grenzen kriegsbedingter Reparationen unter besonderer Berücksichtigung des griechisch-deutschen Verhältnisses, 26. Juni. 2013/ WD 2-3000 -041/13

# Rückzahlungen

## Zwangskredit Griechenlands an das „Deutsche Reich“

Die gegenwärtige griechische Regierung hat eine alte Forderung an Deutschland erneuert: Sie fordert die Rückzahlung eines Kredits, den die deutsche Besetzung von Griechenland erpresst hat. Die Zwanganleihe wurde bereits bei der Pariser Reparationskonferenz 1945/46 von der griechischen Regierung als ein Sonderatbestand herausgenommen, ebenso bei allen späteren Verhandlungen zu Kriegslasten und Reparationen.

Inzwischen ist hinreichend belegt, dass es sich nicht um Besatzungskosten, sondern um ein zinsloses Darlehen handelte. Rückzahlungen waren vertraglich vereinbart. Nachweislich wurden Teile des Kredits noch während des Krieges getilgt. Die noch offenen Beträge werden in offiziellen deutschen Dokumenten als „Reichsschuld“ bezeichnet. Am Ende des Krieges betrug die Restschuld 476 Millionen Reichsmark. Ihr heutiger Wert beträgt ohne Zinsen schätzungsweise 7 Milliarden Euro, mit Zinsen 11 Milliarden Euro.

In der hiesigen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik sowie in den Medien mehren sich die Stimmen, die eine Rückzahlung für prinzipiell berechtigt halten.<sup>2</sup> Um zu einer Klärung zu kommen, sollte Deutschland der griechischen Regierung anbieten, gemeinsam den „Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der OSZE“ in Genf anzurufen. Eine Zuständigkeit ist gegeben. Ein solcher Schritt würde eine Gesprächsbereitschaft signalisieren, auf die Griechenland seit Jahrzehnten wartet.

## Lösegeld für jüdische Zwangsarbeiter in Thessaloniki

Am 11. Juli 1942, einem Sabbat, mussten sich alle jüdischen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahre zur Registrierung auf dem „Platz der Freiheit“ einfinden. Sie wurden drangsaliert und gedemütigt. Das war der erste öffentliche Akt der Judenverfolgung in Thessaloniki. In der Folgezeit wurden mehrere tausend jüdische Männer u. a. zum Bau von Militärstraßen gezwungen. In den Arbeitslagern herrschten miserable und brutale Lebensbedingungen. Es gab Seuchen und Erschießungen.

Um ihre Söhne und Männer zu retten, ließ sich die jüdische Gemeinde auf ein Abkommen mit dem Chef der Wehrmachtsverwaltung, Max Merten, ein: Den Freikauf der Zwangsarbeiter gegen ein Lösegeld von 3,5 Milliarden Drachmen (damals 38 Millionen Reichsmark bzw. 69 Millionen US Dollar). Die Gemeinde konnte aber in der kurzen Zeit von zwei Monaten nur 2 Milliarden Drachmen aufbringen. Notgedrungen willigte sie ein, dass an Stelle der fehlenden Summe der alte jüdische Friedhof zerstört und als Bauland der Stadt Thessaloniki übereignet wurde. Mit Marmorplatten und anderen Grabsteinen wurde z.B. ein Schwimmbad für deutsche Offiziere gebaut. Bis Mitte Dezember 1942 wurde das Lösegeld in Raten bezahlt. 7.500 jüdische Zwangsarbeiter kamen frei. Einige Monate später aber wurden sie zusammen mit über 46.000 Juden aus Thessaloniki nach Auschwitz in den Tod geschickt.

Die Jüdische Gemeinde fordert das Lösegeld von Deutschland zurück. Seinen heutigen Wert setzt sie mit 45 Millionen Euro an. „Respekt für Griechenland“ unterstützt diese Forderung aus folgendem Grund: Es ist an sich schon ein Verbrechen, Menschen als Zwangsarbeiter zu missbrauchen. Sie nach Zahlung eines Lösegelds freizulassen und kurz drauf zu ermorden, ist so schrecklich, dass alle, die davon gehört haben, diese Schandtät nicht mehr vergessen können.

---

<sup>2</sup> Eine Rückzahlpflicht wurde bereits in der Vergangenheit anerkannt, so von Bundeskanzler Ludwig Erhard. Er „versicherte noch 1965 dem damals vorsprechenden Koordinierungsminister Andreas Papandreu {...} sobald die deutsche Wiedervereinigung unter Dach und Fach sei, werde man die Zwanganleihe zurückzahlen. Die Griechen gaben sich mit diesem Versprechen zufrieden.“ (Frankfurter Rundschau, 22. 11. 1995)

# Fonds zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums - unter besonderer Berücksichtigung von „Martyrerdörfern“

In Griechenland haben die Deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS während der Besatzung mehr als 1.000 Dörfer ganz oder teilweise zerstört und viele tausend Zivilisten umgebracht. Die deutschen Befehlshaber wollten damit den Widerstand der Partisanen gegen die Besatzung brechen, allerdings erfolglos. Auf Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht sollten für den Angriff auf einen deutschen Soldaten oder dessen Ermordung 50 bis 100 Geiseln erschossen werden. Die deutschen Truppen wurden darüber hinaus ermächtigt, auch Frauen und Kinder zu töten. Schließlich genügte der Verdacht der Partisanenunterstützung, um Dörfer niederzubrennen und Bewohner zu ermorden.

Der Wiederaufbau von Dörfern und Städten wurde von der Bundesregierung zu keiner Zeit unterstützt, obwohl zahlreiche Bürgermeister in den 50-er Jahren darum baten. Aber auch sonst erhielt Griechenland von Deutschland keinerlei Aufbauhilfe.<sup>3</sup> In der Nachkriegszeit und lange danach ordnete die deutsche Bundesregierung den Besatzungsterror unter „allgemeine Kriegsfolgen“ ein. Noch 1995 bezeichnete die Deutsche Botschaft in Athen in einem Schreiben an Argyris Sfountouris<sup>4</sup> das Massaker in Distomo „als Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“. Inzwischen sehen nicht nur Griechen, sondern immer mehr Deutsche darin Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber auch die Sicht deutscher Politiker hat sich verändert. Bemerkenswert ist, dass sich der Deutsche Botschafter in Athen, Jens Plöttner, in einer Rede am 26. Mai 2018 von Aussagen seiner Vorgänger distanziert hat: „Manch` offizielle Korrespondenz aus den letzten Jahrzehnten – auch von der Deutschen Botschaft – ist in ihrem Duktus schwer zu ertragen. Dafür schäme ich mich und dafür möchte ich mich bei Ihnen, Herr Sfountouris, heute entschuldigen.“ Nachdem die in Griechenland begangenen Verbrechen zunehmend in der deutschen Gesellschaft und Politik erinnert und benannt werden, ist die Zeit reif dafür, den Worten nunmehr Taten folgen zu lassen, und zwar ohne weiteren Aufschub und unabhängig von einer Klärung der Reparationsfragen.

Ein Angebot an Griechenland könnte ein Entwicklungsfonds für den ländlichen Raum sein. Vorrangig sollten diejenigen Dörfer und kleinen Städte bedacht werden, die unter dem deutschen Besatzungsterror vor allen anderen gelitten haben. Solche Orte werden in Griechenland seit 1998 offiziell „Martyrerdörfer“ genannt. Sie werden nach bestimmten Kriterien, nachdem die historischen Fakten durch eine Kommission geprüft wurden, in die „Liste der Martyrerdörfer und -Städte Griechenlands“ aufgenommen. Die Liste umfasst inzwischen an die 100 Orte. In einem Beitrag zu ihrem Erhalt und zu ihrer nachhaltigen Entwicklung sehen wir heute nach 75 Jahren die bestmögliche Antwort auf die deutschen Massaker. Der Fonds wäre in allen kommunalen Bereichen verwendbar, so z.B. in der Landwirtschaft; im Tourismus; im Handwerks- und Produktionsbereich; für erneuerbare Energien; in Kindergärten, Schulen oder Berufsbildung; in der medizinisch-sozialen Versorgung alter Menschen. Da die Martyrerdörfer in der Regel einem Gemeindeverbund angehören, käme der Fonds direkt oder indirekt auch umliegenden Ortschaften zugute.

Anders als der Deutsch-Griechische Zukunftsfonds, der seit 2015 besteht und jährlich mit 1 Mio. € ausgestattet wird, richtet sich der hier vorgeschlagene Fonds nicht explizit auf Erinnerungsarbeit oder Versöhnung. Deren Förderung durch Kooperationen in Wissenschaft, Kultur und Bildung ist zweifellos wertvoll, kann aber nicht alles sein.<sup>5</sup> Ergänzend möchte der Entwicklungsfonds die materiellen Grundlagen für gute

---

<sup>3</sup> Zurückliegende Kredite zu handelsüblichen Bedingungen werden von der Bundesregierung bisweilen als „Beitrag zur Wiedergutmachung“ deklariert. Dieser Sichtweise können wir uns nicht anschließen.

<sup>4</sup> Argyris Sfountouris hat als Kind das Massaker in Distomo überlebt. Seit 1994 kämpft er für Wiedergutmachungen. Über ihn gibt es eine Biographie von Patric Seibel (2016) und einen Dokumentarfilm von Stefan Haupt (2006).

<sup>5</sup> In den Jahren 2015, 2016, 2017 erhielten nur vier Gemeinden (Martyrerdörfer) zusammen ca. 370.000 € von den verfügbaren 3 Millionen Euro, d.h. 12,3 %, obwohl deren Förderung einer von drei Schwerpunkten des Zukunftsfonds ist. Aus: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abg. Ulla Jelpke u.a. der Fraktion DIE LINKE, vom 25. 07. 2018 / Drucksache 19/ 3557.

Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessern. Und dies unabhängig davon, ob die NS-Opfer und weitere Bewohner sich längst mit „den Deutschen“ versöhnt haben oder sich gar nicht versöhnen wollen.

Als Höchstgrenze der Förderung pro Dorf/ Kleinstadt werden 600.000 € angesetzt, als durchschnittliche Summe 300.000 €. Bei geschätzt 50 beteiligten Ortschaften sind 15 Millionen Euro notwendig, die in den kommenden 5 Jahren mit jeweils 3 Millionen Euro in den Bundeshaushalt einzustellen sind.

Maßnahmen, die einer gemeinwohlorientierten Entwicklung dienen, schlagen die einzelnen Kommunen unter Beteiligung ihrer Bewohner vor. Über die Anträge entscheidet eine Kommission, der neben unabhängigen, mehrheitlich griechischen Gutachtern auch Vertrauenspersonen des „Netzwerks der Märtyrerstädte und -Dörfer“ angehören. Mit der Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung der Projekte wird eine griechische, nicht-staatliche Einrichtung beauftragt, die ein transparentes Verfahren gewährleistet.

Von den bestehenden EU-Programmen soll sich der deutsche Fonds durch die Vielseitigkeit seiner Verwendungsmöglichkeiten unterscheiden und durch ein einfaches Antragsverfahren auszeichnen. Er sollte zudem, falls gewünscht, Kommunen beim Einwerben zusätzlicher EU-Fördermittel behilflich sein.

#### **Die für das Positionspapier wichtigste Literatur**

Mark Mazower, Griechenland unter Hitler, Engl. Originalausgabe 1995. Deutsche Übersetzung 2016  
Rena Molho, Der Holocaust der griechischen Juden. Studien zur Geschichte und Erinnerung. Deutsche Übersetzung 2016  
Hagen Fleischer / Despina Konstantinakou, Ad calendae graecae? Griechenland und die deutsche Wiedergutmachung, in: Hans Günter Hockerts u. a., Grenzen der Wiedergutmachung, 2006, S. 375-457  
Katerina Kralowa, Das Vermächtnis der Besatzung. Deutsch-griechische Beziehungen seit 1940, 2016  
Karl Heinz Roth und Hartmut Rübner, Reparationsschuld, 2017

## Erstunterstützer

### *Aus der Politik u.a.:*

**Katja Keul**, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen

**Jan Korte**, MdB, Die Linke

**Kevin Kühnert**, Juso-Bundesvorsitzender, SPD

**Claudia Roth**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestag, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen

**Gesine Schwan**, Vorsitzende der SPD Grundwertekommission

**Axel Troost**, stellvertretender Vorsitzender der Partei Die Linke

### *Aus Kultur und Wissenschaft u.a.:*

**Shermin Langhoff**, Intendantin Maxim Gorki Theater, Berlin

**Jeanine Meerapfel**, Präsidentin der Akademie der Künste, Berlin

**Thomas Ostermeier**, Künstlerischer Leiter Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin

**Ingolf Pernice**, Europarechtler

**Christoph Schminck-Gustavus**, Veröffentlichungen zur deutschen Besatzung Griechenlands

**Stefanie Schüler-Springorum**, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung, TU Berlin

**Andres Veiel**, Autor, Theater- und Filmregisseur

### *Aus Vereinigungen u.a.:*

**Sharon Adler**, Stiftung Zurückgeben

**Annelie Buntenbach**, im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB

**Klaus Holz**, Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland

**André Schmitz**, Schwarzkopf Stiftung Junges Europa

**Klaus Stähle**, UnternehmensGrün/ Bundesverband der grünen Wirtschaft

**Jutta Weduwen**, Geschäftsführerin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Die vollständige Liste der **Erstunterstützer** s. Einlegeblatt oder <http://respekt-für-griechenland.de/?p=2406>  
**Respekt f. Griechenland e.V.**, Holsteinische Str. 23, 10717 Berlin, [vorstand@respekt-fuer-griechenland.de](mailto:vorstand@respekt-fuer-griechenland.de)  
**Allgemein. Spendenkonto** bei GLS Bank: IBAN DE42 4306 0967 1175 7746 01, BIC GENO DE M 1 GLS

# Respekt für Griechenland e.V.

[www.respekt-für-griechenland.de](http://www.respekt-für-griechenland.de)

## Positionspapier

zu

## Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland

<http://respekt-für-griechenland.de/?p=2406>

### Erstunterstützer und Erstunterstützerinnen

**Sharon Adler**, Hrsg. des Online-Magazins Aviva Berlin, Vorstandsvorsitzende der Stiftung Zurückgeben

**Adriana Altaras**, Schauspielerin, Regisseurin, Autorin

**Leonie Baumann**, Rektorin der Kunsthochschule Berlin Weißensee

**Tobias Blümel**, Historiker mit Schwerpunkt griechische Zeitgeschichte

**Rudolf Boch**, Prof. i.R. Dr., Historiker für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**Heike Brandt**, Autorin u. Übersetzerin von Kinder- u. Jugendbüchern, im Vorstand der Stiftung Umverteilen

**Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

**Annegret Ehmman**, Historikerin und Pädagogin für historisch-politische Bildung

**Christoph Ehmman**, Prof. Dr., 2003-2017 Generalsekr. Hochschulnetzwerk European University Foundation

**Peter Fischer**, Dr., ehrenamtlich tätig in mehreren Gedenkstätten gremien

**Christoph Flügge**, Staatssekr. a.D., 2008-2017 Richter am Intern. Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien

**Hajo Funke**, Prof. Dr., Politologe, publiziert zu Rechtsextremismus und zum Kampf um die Erinnerung

**Adrienne Göhler**, Senatorin in Berlin für Wissenschaft, Forschung und Kultur a.D., Kuratorin und Autorin

**Thomas Heldt**, Referent für Freiwilligenarbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienst e.V.

**Klaus Holz**, Dr. habil., Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland (EVA)

**Klaus Hübotter**, Dr. jur., Bauunternehmer und Mäzen, Ehrenbürger von Bremen

**André Hunko**, MdB, Europapolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke

**Jürgen Karwelat**, Jurist, im Vorstand der Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

**Katja Keul**, Mitglied des Bundestags (MdB), Sprecherin für Rechtspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Jan Korte**, MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Linke

**Peter Kranz**, Pfarrer, Vorsitzender des Ökumenischen Zentrums e.V., Berlin

**Kevin Kühnert**, Juso-Bundesvorsitzender, SPD

**Hans-Joachim Lang**, Prof. Dr., Kulturwissenschaftler und Autor

**Ricarda Lang**, Bundesvorsitzende Grüne Jugend, Bündnis 90/Die Grünen

**Shermin Langhoff**, Intendantin Maxim Gorki Theater, Berlin

**Jürgen Link**, Prof. i.R. Dr., Literatur- und Diskurswissenschaftler

**Jeanine Meerapfel**, Prof., Präsidentin der Akademie der Künste, Berlin

**Uwe Neumärker**, Historiker und Publizist, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

**Rüdiger Noll**, Generalsekretär von Oikosnet Europe und EAD-Bereichsleiter für Europa und Ökumene

**Thomas Ostermeier**, Regisseur und Künstlerischer Leiter der Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin

**Lisa Paus**, MdB, Finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Ingolf Pernice**, Prof. i.R. Dr., Europarechtler  
**Jost Rebutisch**, Dr. phil., Geschäftsführer bei Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.  
**Monika Richarz**, Prof. Dr., Historikerin für Jüdische Studien  
**Claudia Roth**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Günter Saathoff**, ehemaliger Vorstand der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft  
**Thomas Sauer**, Prof. Dr., Ökonom  
**Christoph Schminck-Gustavus**, Prof. Dr., Rechtshistoriker, Veröffentlichungen zur dt. Besatzung in Griechenland  
**André Schmitz**, Vorstandsvorsitzender Schwarzkopf Stiftung Junges Europa  
**Stefanie Schüler-Springorum**, Prof. Dr., Historikerin, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung, TU Berlin  
**Helmuth Schultze-Fielitz**, Dr., Prof., Verfassungsrechtler, Juristische Fakultät der Universität Würzburg  
**Harald Schumann**, Journalist  
**Gesine Schwan**, Prof. i.R. Dr., Präsidentin Humboldt-Viadrina Governance Platform, Vors. SPD Grundwertekommission  
**Alexandra Senfft**, Autorin und Publizistin  
**Hubertus Siegert**, Regisseur und Produzent von Dokumentarfilmen  
**Hermann Simon**, Dr. phil., Gründungsdirektor der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum  
**Klaus Stähle**, RA, Vorstand UnternehmensGrün / Bundesverband der grünen Wirtschaft  
**Christian Ströbele**, RA, Grüner Politiker, MdB von 1985 bis 1987 und von 1998 bis 2017  
**Lala Süsskind**, ehemalige Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.  
**Markus Tressel**, MdB, stellv. Vors. der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Axel Troost**, Dr. rer. pol., stellv. Vorsitzender der Partei Die Linke  
**Andres Veiel**, Autor, Theater- und Filmregisseur  
**Antje Vollmer**, Dr. phil., Theologin, Autorin u. Grüne Politikerin, 1994 - 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags  
**Günter Wallraff**, Investigativjournalist und Schriftsteller  
**Jutta Weduwen**, Geschäftsführerin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.  
**Wolfram Wette**, Prof. i.R. Dr., Militärgeschichtler und Friedensforscher  
**Wolfgang Wieland** RA, Grüner Politiker, Senator a.D., stellv. Präsident d. Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge  
**Michael Wildt**, Dr., Prof. für deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt Nationalsozialismus an der Humboldt Universität zu Berlin  
**Heinrich-W. Wörmann**, Dr., Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Berlin  
**Frieder Otto Wolf**, Prof. Dr., Präsident der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg  
**Andrea Ypsilanti**, SPD Politikerin, Vorstandssprecherin des Instituts Solidarische Moderne  
**Klaus Zehelein**, Prof., ehem. Intendant und Präsident des Deutschen Bühnenvereins a.D.

Berlin, März 2019

Respekt für Griechenland e.V.

Holsteinische Straße 23, 10717 Berlin / Mail: [vorstand@respekt-für-griechenland.de](mailto:vorstand@respekt-für-griechenland.de)

Spendenkonto: IBAN DE42 4306 0967 1175 7746 01/ BIC GENO DE M 1 GLS